

Der Besselfschaffter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen
„Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage
„Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn *N.* 1.60
Einzelnummer 10 *S.*
Erscheint an jedem Werktag
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Saisser (Karl Saisser) Nagold



Anzeigenpreise:
Die einpaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 *S.*, Familien-Anzeigen 12 *S.*
Reklame-Seite 45 *S.*, Sammelanzeigen 50% Aufschlag
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Zustände und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Besselfschaffter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfachkonto Stuttgart 5113

Nr. 143

Begründet 1826

Mittwoch, den 23. Juni 1926

Sternsprecher Nr. 29

100. Jahrgang

Tagespiegel

Der Reichspräsident hat den Staatssekretär Dr. Hagedorn im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf seinen Wunsch in den Ruhestand versetzt.

In der gestrigen Senatsitzung wurde der Senator Loe-wig (Soz.) zum Vorsitzenden des Senats und zum Nachfolger des zurückgetretenen Bürgermeisters Dr. Neumann gewählt. Zum stellvertretenden Senatsvorsitzenden wurde, da von bürgerlicher Seite auf den zweiten Posten verzichtet wurde, der Senator Hoff (Soz.) ernannt.

Präsident Coolidge hat gestern im Kongress der amerikanischen Handelsverbände mitgeteilt, dass am 30. Juni ablaufende Fiskaljahr werde mit einem Ueberschuss von 390 Dollar abschließen. Im kommenden Jahre sei mit einer beträchtlichen Herabsetzung der Einkommensteuer zu rechnen.

Die Lage im Mittelmeer

Der Rixkrieg ist beendet, aber die marokkanische Frage hat sich von neuem zugespitzt. Abd el Krim konnte den Krieg nur politisch gewinnen: andererseits mußte er den vereinten Kräften zweier europäischer Staaten mit seinen verhältnismäßig sehr schwachen Scharen trotz der Gunst des Geländes unterliegen. In politischer Hinsicht kämpfte er auf vier Fronten. Die erste war die marokkanische. Wenn es gelang, die Stämme Marokkos zum Teil oder ganz zum Untertan gegen die französische Herrschaft zu bewegen, so stand Frankreich vor einem Kolonialkrieg, dessen Niederwerfung zweifellos gewaltige Opfer an Gut und Blut gekostet hätte. Die Einwirkung auf die zweite Front wäre nicht ausgeblieben. Sie ist durch die innerpolitischen Zustände Frankreichs gebildet. Die Aussicht auf einen langwierigen und kostspieligen Kolonialkrieg hätte in einem Lande, das im Grunde keine Kolonien braucht, den Kommunisten und Sozialisten Wasser auf die Mühlen geliefert, und die Regierung hätte wahrscheinlich mit dem Führer der Rixleute einen Ausgleich suchen müssen. Aber der Angriff Abd el Krims auf Fez ging fehl, die Marokkaner blieben bewegungslos, und die aus den Rheinlanden weggezogene marokkanische Division konnte sogar gegen die Rixbewohner verwandt werden. Infolgedessen vermochten die kriegsfeindlichen Parteien in Frankreich gegen die Fortführung des Rixkriegs wenig einzuwenden, zumal das französische Kolonialansehen ganz Nordafrikas in Frage stand. Auf beiden Fronten wurde Abd el Krim geschlagen. Und auch die dritte — das französisch-spanische Zusammengehen — hielt wenigstens bis zu seiner Kapitulation stand. Er hatte den Fehler gemacht, den Krieg gegen Frankreich, das ihn gegen Spanien unterstützt hatte, zu beginnen, ehe er sich mit Spanien geeinigt hatte. Beide wurden, obwohl sie die stärksten Wettbewerber in Marokko sind, mit Notwendigkeit durch diesen Fehler zusammengeführt. Der Versuch, sie durch Friedensverhandlungen zu trennen, verlagte, und so blieb Abd el Krim angesichts der gegen ihn in Bewegung gesetzten Machtmittel nichts anderes übrig, als zu kapitulieren. Er machte — es bleibt dahingestellt, wie weit die Geschichte, in Marokko von Steeg geleitete französische Politik dazu beigetragen hat — den gewandten Schachzug, sich den Franzosen auszuliefern.

Mit der Beendigung des Krieges und mit Uebergang Abd el Krims ist der französisch-spanische Gegensatz von neuem schärfer geworden. Spanien ist im Kampfe gegen die Mauren groß geworden, und die spanischen Besitzungen in Nordmarokko sind der letzte Rest des einst so gewaltigen spanischen Kolonialreichs. Heute würde eine spanische Großmachtsstellung tatsächlich auf den Schultern des Atlas beruhen, d. h. auf dem Besitz Marokkos bis zum Atlasgebirge. Spanien wäre dann, trotz Gibraltar, der Pförtner des Mittelmeers. Man hat die Hoffnung, diese Stellung früher oder später erwerben zu können, niemals aufgegeben und darum die von Karl V. gegründeten Presidios aufs ächteste verteidigt. Aber im übrigen wurde Spanien vom Unglück verfolgt. Marokko ging an Frankreich verloren, Tanger wurde internationalisiert, und Spanien behielt auf Grund des von Deutschland durchgesetzten Algeirasvertrags nur das Rif, das sich für die spanischen Kräfte als unbeswingbar erwies. Der Diktator Aidera war im Herzen gegen eine aktive spanische Marokkopolitik; als aber Abd el Krim die Franzosen angriff, hoffte er diese benutzen zu können, um das Rifgebiet Spanien zu unterwerfen; er nahm deshalb an dem Kriege teil und widerlegte sich allen Friedensversuchen.

Nach dem gewonnenen Kriege wollen die Franzosen natürlich nicht auf das mit so großen Mühen gewonnene Rif, dessen Bevölkerung sie durch Abd el Krim beherrschen, verzichten. In diesen spanisch-französischen Gegensatz wird die vierte Front, die sich aus England und Italien zusammenschließt, hineingezogen. Aus Rücksicht auf die den Eingang des Mittelmeers beherrschende Stellung von Gibraltar würde die Selbständigkeit Marokkos am besten den englischen Interessen entsprechen. Nur um Ägypten, wo Frankreich seit den Zeiten Ludwigs des Heiligen Fuß zu fassen gesucht hat, in seinen Besitz zu bringen, hat England das Scherifenreich mit Ausnahme der nordafrikanischen Küste, die bis auf das wichtige Tanger Spanien überlassen wurde, 1904 den Franzosen ausgeliefert. Bereits zwei

Der Kampf um das Fürstenkompromiß

Neuere kommunistische Umsturzgedanken

Berlin, 22. Juni. Nach dem Volksentscheid beginnt nun der Kampf der Parteien um die parlamentarische Lösung der Fürstenfrage. Die Regierungsparteien haben gestern beschlossen, sowohl an dem Regierungskompromiß zur Fürstenfrage an sich, wie auch an dem verfassungsändernden Charakter des Gesetzentwurfs festzuhalten. Weiter drängen die Regierungsparteien auf eine möglichst rasche Erledigung der ganzen Frage. Die Sozialdemokratie natürlich muß mit Rücksicht auf die durch den letzten Wahlkampf verheßten Massen versuchen, möglichst viel entscheidende Vorschriften in das Gesetz hineinzubringen. Sie hat deshalb auch schon „Verbesserungsanträge“ angekündigt. Die Deutschnationalen haben noch nicht endgültig Stellung zu dem Gesetzentwurf genommen, sondern wollen die Entwicklung der Dinge im Rechtsausschuß abwarten. Die Zentrumsfraktion des Reichstages, die am Montag abend nochmals eine längere Fraktionsitzung abhielt, erklärt einmütig eine Kundgebung, in der es u. a. heißt: „Nach dem Volksentscheid hält die Zentrumsfraktion des Reichstages an der Ueberzeugung fest, daß die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen Fürstenthum und Land die derzeit wichtigste politische Frage bleibt. Im Hinblick auf die notwendige Beruhigung des innerpolitischen Lebens und des gestörten Rechtsempfindens im Volke erträgt die rechtsgerichtete Lösung der Auseinandersetzung keinen Aufschub mehr. Die durch den stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion namens und im Auftrage der Regierungsparteien abgegebene Erklärung darf unter keinen Umständen abgeschwächt werden. Diese Erklärung legt folgendes fest: Das Gesetz wird den Fürsten nur das Vermögen belassen, welches sie als unzweifelhaftes Privateigentum erworben haben. Den Folgen des verlorenen Krieges, der Verarmung des Volkes und der gesamten Vermögenslage der Fürsten wird ausreichend Rechnung getragen. Den Ländern soll zugeteilt werden, worauf sie aus Gründen der Kultur und der Volksgemeinschaft Anspruch haben. Den Fürsten wird keine bessere Aufwertung zuteil als den anderen Staatsbürgern. Die Zentrumsfraktion steht zu dem gegebenen Wort. Der Vorstand wurde beauftragt, zur Erreichung dieses Zieles erforderlichenfalls alle politischen Folgerungen zu ziehen.“

Die innerpolitische Krise ist also in ihr entscheidendes Stadium eingetreten. Zwei Vorlagen müssen vom Reichstag dringlich verabschiedet werden, das Fürstengesetz und der Zolltarif. An dem Fürstengesetz sind vorwiegend die Sozialdemokraten, am Zolltarif die Deutschnationalen interessiert. Es scheint, als ob durch Auspielen dieser gegenseitigen Interessen die Minderheitsregierung Marx die beiden Flügelparteien zu einer Unterstützung für die beiden Gesetze gewinnen wollte. Bisherhand jedoch ist noch unklar, in welcher Form dies geschehen könnte. Von Seiten der Regierungsparteien jedoch wird alles getan, um die Flügelparteien der

Sozialdemokraten und der Deutschnationalen mürbe zu machen. Vor allem wirft man immer wieder die Drohung in die Debatte, falls der Reichstag nicht in der Lage wäre, die Gesetze zu erledigen, er von der Regierung aufgelöst würde.

Wesentlich für eine Lösung bleibt jetzt die Frage, ob auch das von der Regierung vorgelegte Fürstengesetz verfassungsändernd sei. Sollten Regierung und Regierungsparteien daran festhalten, wäre jedenfalls die Verabschiedung des Gesetzes außerordentlich erschwert, da sowohl Teile der Sozialdemokraten wie der Deutschnationalen dafür stimmen müßten. Man ist deshalb heute in den maßgebenden parlamentarischen Kreisen nicht sehr hoffnungsvoll und vermischt bereits, der Rechtsausschuß würde in kurzer Zeit wiederum vor der Unmöglichkeit stehen, eine Einigung zustande zu bringen. Er werde wahrscheinlich wieder aufliegen.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung noch einmal mit dem völkischen Antrag auf Aufhebung des Republikstufengesetzes. Der Antrag wurde mit 17 gegen 9 Stimmen der Völkischen und Deutschnationalen abgelehnt. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, wonach die Zuchthausstrafe und die Verbannung über die Ausweisung von Ausländern aus dem Republikstufengesetz gestrichen werden. Wie verlautet, soll die Fürstenabfindungsfrage von der heutigen Tagesordnung auf Wunsch des Reichskanzlers abgelehrt werden, weil dieser noch im Lauf des heutigen Tags mit Deutschnationalen und Sozialdemokraten verhandeln will. Nach dem Rechtsausschuß traten die Deutschnationalen und Demokraten zu Fraktions-sitzungen zusammen, und die Volkspartei und das Zentrum traten nach der Plenarsitzung des Reichstages zu Besprechungen zusammen.

Aufruf der Kommunisten

Berlin, 22. Juni. Die kommunistische Reichstagsfraktion gibt folgenden Beschluß aus der Fraktionsitzung am Montag bekannt: Die kommunistische Reichstagsfraktion hat zu der durch den Volksentscheid geschaffenen Lage Stellung genommen. Sie ist der Auffassung, daß das Millionenvotum für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten eine klare Entscheidung des werktätigen Volkes gegen Hindenburg, gegen die Regierung Marx und gegen den Reichstag ist. Die Reichstagsfraktion fordert deshalb die sofortige Auflösung des Reichstages und die Durchführung des Entschädigungsgesetzes. Gegen alle Versuche, den klar zum Ausdruck gekommenen Massenwillen zu verfälschen und zu sabotieren und den Fürstenhäusern dennoch Millionen auszuweihen, wie das Fürstenkompromiß der Regierung Marx es will, wird die kommunistische Reichstagsfraktion den schärfsten Kampf führen und in engster Verbindung mit den Millionenmassen den Sturz der Regierung Marx und die Auflösung des Reichstages herbeiführen.

Briand vor neuen Schwierigkeiten

Paris, 22. Juni. Die Annahme, daß es Briand in wenigen Stunden gelingen werde, ein Kabinett fertigzustellen, hat sich nicht erfüllt. Der Hauptgrund für das Scheitern der bisherigen Verhandlungen Briands ist einzig und allein in der Finanzlage zu suchen. Die Forderung des Finanzsachverständigenausschusses, daß das Schuldenabkommen von Washington rasch ratifiziert werden müsse, um die für die Frankensabilisierung nötigen amerikanischen Anleihen zu erhalten, hat Poincaré zur Ablehnung des Finanzministeriums bewegen. Briand ist also soweit wie zu Beginn seiner Bemühungen. Die Lage ist für ihn umso schwieriger, da er bei der scharfen Propaganda gegen das Schuldenabkommen nicht so leicht überhaupt einen Finanzminister finden wird. Es verlautet zwar, Briand habe seinen Freund Doumer gebeten, das Ministerium zu übernehmen. Das bedeutete aber für das neue Kabinett nicht etwa einen Ausweg, sondern eine Belastung. Der Ministerpräsident hat nun, um einmal Klarheit zu schaffen, eine Konferenz aller

bedeutenden Finanzpolitiker und Finanzleute zusammen-gerufen. Pressevertretern gegenüber erklärte Briand, man habe in der Konferenz die Finanzlage erörtert und über die Bedingungen gesprochen, unter denen sich ein Kabinett der Kammer vorstellen könne. Diese Prüfung sei ziemlich weit gediehen. Im übrigen betonte Briand seine Absicht, nur ein Kabinett zu bilden, das im Parlament mit einer ständigen Mehrheit rechnen könne. Die Kammer habe ihm zwar die Ehre erwiesen, ihm persönlich ihr Vertrauen zu zeigen; aber er wolle das neue Kabinett nicht täglichen Angriffen, die jeder Regierung die Möglichkeit zum Handeln nehmen, aussetzen. Er wolle sich vorher vergewissern, daß die Zusammenfassung des Kabinetts den notwendigen Zusammenhalt seiner Mitglieder wabre. Er wolle sich ferner bei den Parteien vergewissern, ob dort der Wunsch bestehe, der neuen Regierung zu helfen und dadurch die Lösung der Schuldenfrage zu ermöglichen. Auf die Frage, ob das Finanzministerium schon zugeteilt sei, antwortete Briand, daß bisher keine Entscheidung erfolgt sei.

Jahre später unterschrieb England aber den von Deutschland durchgesetzten Algeirasvertrag, der die Souveränität des Sultans, die Integrität Marokkos und die offene Tür verbürgte. Hätte Deutschland sich auf die Verteidigung der Pantherpragmatik von Agadir, das in deutschem Besitz die Verbindung Englands mit dem Kap gefährdete, unterlassen, hätte England in der marokkanischen Frage für Frankreich wahrscheinlich keinen Finger gerührt. Am liebsten wäre es ihm wohl gewesen, wenn Abd el Krim gegen seine beiden Gegner Erfolg gehabt hätte, da ein unabhängiger Rixstaat die englische Herrschaft über die Pforte des Mittelmeers am besten gesichert hätte. Es widersetzte sich deshalb der Schließung der internationalen Tangerzone für Waffenexport, so daß die Rixleute sich mit Kriegsmaterial versehen konnten.

England kann schwerlich dulden, daß das Rifgebirge, das ein gewaltig vergrößertes Gibraltar auf der afrikanischen Seite darstellt, in französische Hände kommt. Es wird deshalb den Versuch machen, die marokkanische Frage vor eine internationale Konferenz zu ziehen. Es kann dabei sicher sein, den Beistand Italiens zu finden. Mussolini brennt darauf, einen außenpolitischen Erfolg zu erringen. Italien hat unter Crispi einen großen Einfluß in Marokko erlangt; um die französische Anerkennung einer Besitzergreifung von Tripolis zu erreichen, hätte Crispi höchstens die italienischen Ansprüche auf Tunis, aber niemals die italienische Stellung in Marokko geopfert. Für die Preisgabe Marokkos wäre für ihn nur der Gewinn von Tunis der Ausgleich gewesen, zumal da Tripolis Italien bereits durch die Mittelmächte im Dreibündvertrage zugesichert worden war. Seine unfähigen Nachfolger haben die Interessen

Staliens im Mittelmeer preisgegeben und mit dieser törichtem Politik, die vom Fürsten Bülow wohlwollend als die Politik der „Extratouren“ bezeichnet wurde, gleichzeitig das Mißtrauen ihrer Verbündeten nachgerufen und ihre Stellung im Dreibund geschwächt. Kurz nach Crispis Sturz verzichtete man im Bardovertrag von 1895 offiziell auf Tunis und gab sich mit der Sicherung der Nationalität der Italiener im Staate des Beys von Tunis, über den Frankreich nur das Protektorat hatte, zufrieden. In den Verhandlungen von 1900 bis 1902 und dem Anschluß an die englisch-französische Mittelmeer-Entente ließ man Marokko für Tripolis fallen und nahm auf der Konferenz von Algiciras (1905/06) eine Haltung ein, die ihm weder den Dank der Westmächte nach der Mittelmeer-Entente eintrug. Beim Abschluß des Londoner Vertrags vom 26. April 1915, in dem Italien aus dem Lager des Dreibundes in das des Verbandes übertrat, wurde der italienischen Mittelmeerinteressen mit keinem Wort gedacht. Bereits im Herbst 1918 noch vor dem Waffenstillstand hob Frankreich die Bestimmungen des Bardovertrags, die die italienische Nationalität in Tunis sicherten, auf, und ließ sich auf die Vorstellungen der italienischen Regierung nur dazu erweichen, die Ausführung der Entnationalisierungs-Dekrete von 3 zu 3 Monaten zu verlängern. Trotz der Algicirasakte wurde Italien selbst in der Frage von Tanger jedes Mitbestimmungsrecht aberkannt und von der Tanagerkonferenz von Frankreich im Jahre 1923 ausgeschlossen. England hatte keinen Grund, die italienische Forderung auf Zulassung zu unterstützen, da Italien das Bonar-Law-Projekt abgelehnt und sich während des Abstreifens auf die französische Seite gestellt hatte. Italiens Einfluß im westlichen Mittelmeergebiet war damals gänzlich ausgeschaltet worden.

Heute hofft die ehrgeizige faschistische Regierung, daß eine französisch-spanische Einigung sich als unmöglich erweist, daß infolgedessen eine internationale Konferenz zustande kommt und England Italien zu seiner Unterstützung heranzieht. Man glaubt dann von Frankreich und Spanien für die Umwandlung der Statusquo im Rif und in Tanaer, dessen Besitz von spanischer Seite erstrebt wird, Zugeständnisse in der Tunisfrage herauszuschlagen zu können. Frankreich wird deshalb eine internationale Konferenz mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Es kann, da es ja das Rif durch Abd el Krim tatsächlich in seinem Besitz hat, erklären, daß es den in der Algicirasakte festgelegten Statusquo in keiner Weise zu verändern gedenke. Statt mit England und Spanien wird es sich lieber mit Spanien zu einigen suchen. Spanien würde auf das eigentliche Rifgebiet, dessen Beherrschung große Kosten erfordert, voraussichtlich verzichten, wenn es dafür Tanager erziele. Aber weder England noch Italien legt Gewicht darauf, daß Tanager in spanische Hände kommt, so daß Spanien auf einer internationalen Konferenz in dieser Frage wenig von diesen beiden Mächten zu erwarten hat. Es wird deshalb voraussichtlich seine Forderung, daß Abd el Krim als Kriegsverbrecher zu behandeln sei, fallen lassen auf Tanager verzichten und sich mit Frankreich über eine gemeinsame Herrschaft über das Rif, bei der Frankreich die militärischen Kosten und Spanien wirtschaftliche Vorteile hat, einigen. Um eine internationale Konferenz zu vermeiden, wird Frankreich ihm aufs weiteste entgegenkommen. Endgültig wird sich schließlich mit dieser Lösung zufriedengeben, da sie die Internationalisierung Tangers rettet und im Rifgebiet wenigstens das Gleichgewicht zwischen Frankreich und Spanien, das ja jetzt im ungehörten Besitz seiner nordafrikanischen Präsidios bleibt, bis zu einem gewissen Grad herstellt. Die italienische Forderung einer internationalen Konferenz hätte dann nur den Erfolg gehabt, eine französisch-spanische Einigung auf Grund französischer Nachgiebigkeit zu beschleunigen. Es wäre für Italien ein doppelter Mißerfolg, da der spanische Diktator das Zusammengehen mit dem demokratischen Frankreich dem Einverständnis mit dem faschistischen Italien vorgezogen hätte und Italiens Versuch, seine Stellung im westlichen Mittelmeergebiet zu erhöhen, endgültig gescheitert wäre.

Deutscher Reichstag

Berlin, 22. Juni. In der gestrigen Sitzung des Reichstages werden zunächst der deutsch-schwedische und der deutsch-dänische Handelsvertrag von der Tagesordnung abgesetzt. Dagegen wird das deutsch-österreichische Abkommen dem Auswärtigen und dem handelspolitischen Ausschuss, die Vergleichsordnung dem Rechtsausschuss überwiesen. Darauf wird die Novelle zum Gesetz über die Gesellschaften m. b. H. ohne Aussprache in erster und zweiter Lesung angenommen. Abg. Frau Schröder (Soz.) erstattet alsdann den Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über das Washingtoner Übereinkommen betr. die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft. Der Ausschuss erachtet die Reichsregierung, das Übereinkommen, das den Schutz der Schwangeren gegenüber der bisherigen deutschen Gesetzgebung wesentlich erweitert, zu ratifizieren. Reichsarbeitsminister Dr. Braune erklärt, die Regierung habe keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Ratifizierung, doch halte sie es für den besseren Weg, sich durch die deutsche Gesetzgebung dem Washingtoner Übereinkommen anzupassen und dann zu ratifizieren. Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Ministers wird nach kurzer Debatte die Zurückverweisung der Frage an den sozialpolitischen Ausschuss beschlossen. Es folgt die dritte Beratung der Novelle zum Reichsstaatsanwaltschaftsgesetz in Verbindung mit der zweiten Beratung eines von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwurfes, der die Kinderrenten bei der Angestelltenversicherung und nach der Reichsversicherungsordnung den neuen Bestimmungen des Reichsstaatsanwaltschaftsgesetzes anpassen will. Nach Bemerkungen des Abg. Beder-Herborn (Soz.), der die Verbesserungen, welche die Novelle bringt, anerkennt, im übrigen aber auch Bedenken seiner Partei gegen einzelne Punkte äußert, und ihr darum Verbesserungsanträge vorbehält, wird die Weiterberatung auf morgen nachmittags 2 Uhr vertagt.

Für Recht und Billigkeit

Ein Wort zum Ergebnis des Volkentscheids
Gegen die entschuldigungslose Fürstenteilung, die durch den Volkentscheid am Sonntag abgelehnt worden ist, hat sich bekanntlich die evang. Kirche ebenso wie die katholische öffentlich ausgesprochen. Es ist wichtig, nochmals festzustellen, daß sie dies nicht aus politischen Gründen, sondern einzig und allein unter sittlichem Gesichtspunkt getan hat. Daß die von ihr vertretene sittliche Auffassung bei der Abstimmung vom 20. Juni die Mehrheit gefunden hat, ist lebhaft zu begrüßen.
Die Kirche hat aber von Anfang an positiv gefordert, daß die Vermögensauseinanderlegung zwischen den Ländern

Abrechnung des Finanzministers Dehlinger mit der Rathauspolitik

Württ. Landtag

Stuttgart, 22. Juni.

In der heutigen Sitzung des Landtags wurden zunächst einige kleine Anfragen beantwortet und die 1. und 2. Lesung des Gesetzentwurfes über die Bürgerschaft des württ. Staats bei Ausführgeschäften nach Rußland erledigt. Dann wurde in der Beratung des Finanzetats fortgefahren. Den Hauptgegenstand der Erörterung bildete dabei der Initiativgesetzentwurf Winter (Soz.), Scheef (Dem.) auf Ermäßigung der Gemeindeleistungen für die Schullasten, und zwar in großen Städten von 80 auf 60 v. H., in mittleren Städten von 65 auf 45 v. H. und in den übrigen Gemeinden 25 v. H. (unverändert). Der Abg. Winter (Soz.) berechnete den Ausfall für den Staat auf 4,5 Millionen Mark, der getragen werden könne, ohne daß der Etat in Unordnung komme. Er ging dabei auch in zustimmendem Sinne auf die Kritik der Städte an der staatlichen Finanzpolitik ein. Der Abg. Pollich (Z.) erklärte, daß seine Fraktion dem Initiativgesetzentwurf gerne zustimmen würde, wenn es die Finanzlage des Staates gestattete, was aber vorläufig sehr zweifelhaft sei. Der Abg. Scheef (Dem.) warf dem Zentrum Inkonsequenz vor und nahm für den Gesetzentwurf ein starkes inneres Recht in Anspruch.

Dann trat Finanzminister Dr. Dehlinger auf den Plan, um nicht nur einen Ueberblick über die Finanzlage des Staats in den letzten 3 Monaten zu geben, sondern auch, um sich mit den Angriffen des Württ. Landtags auf seine Finanzpolitik auseinanderzusetzen. Der Minister zeichnete ein trübes Bild von der Wirtschaftslage. Die Erwerbslosenzahl steigt. Die Steuern gehen immer langsamer ein. Die rückständigen Staatssteuern betragen 10,7 Millionen, die rückständigen Gemeindebeiträge zu den Lehrerbefolgungen 1,2 Millionen, der Abmangel im Etat 4 Millionen. Das gibt zusammen ein Defizit von 16 Millionen. Und auch für 1927 ist mit einem Abmangel von 2,4 Millionen zu rechnen. Die Holzpreise sind gegenüber dem Vorjahre stark zurückgegangen, ebenso alle Steuern, und dem Reich, dessen Kassen leer geworden sind, ist nicht mehr als bisher zu erwarten. Für die Etats von 1926 und 1927 waren noch Ueberüberschüsse von 5 Millionen vorhanden. Ab 1. April 1928 hat es damit ein Ende und man muß dann mit einem großen Abmangel rechnen. Der Initiativgesetzentwurf würde nach den Berechnungen der Finanz- und Kultverwaltungen einen Ausfall von 6 Mill.

und ihren ehemaligen Fürsten nach Recht und Billigkeit geregelt werden müsse. Diese Forderung muß gerade jetzt noch einmal mit aller Entschiedenheit unterstrichen werden. Die kirchlichen Kundgebungen haben es durchaus abgelehnt, irgendwie für unberechtigte und zu weitgehende Ansprüche von Fürstenthümern, wo solche erhoben werden, einzutreten; solche Ansprüche an ein verarmtes Volk zu stellen, wurde im Evang. Landestirchentag als ein unverantwortliches Tun verurteilt, wenn es natürlich auch nicht Sache der kirchlichen Stellen sein kann, die Forderungen der Fürstenthümer im einzelnen nachzuprüfen. Der württ. Kirchenpräsident hat betont, daß auch die Fürsten alle Volksgenossen an der allgemeinen Not ihren Anteil mitzutragen haben. Das Wort „noblesse oblige“ — „Adel verpflichtet“ — muß jetzt zu voller Geltung kommen. Bekanntlich hat die Reichsregierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Vermögensauseinanderlegungen zwischen Staat und Fürsten zugehen lassen, worin diesen Gesichtspunkten Rechnung getragen wird. Auch von kirchlicher Seite muß man dringend fordern, daß der Reichstag baldigt diese Frage, die unser Volk in seinen Tiefen aufwühlt, nach Recht und Billigkeit löst. Wenn auch in dem Ja der annähernd 15 Millionen, die die Fürstenteilung gefordert haben, viel Leidenschaft und Irreführung steckt, so wird dieses Ja sachlich, nicht nur politisch, doch erst dann überwunden, wenn in Bälde eine gerechte Ordnung der Angelegenheit zustande kommt. Die Regierung hat ihr Wort gegeben, daß sie alles tun werde, um eine solche Regelung rasch zustande zu bringen; nun ist's an ihr, ihr Wort jetzt einzulösen, und die Parteien dürfen sie dabei nicht im Stich lassen. Es ist Sache der verantwortlichen Politik, nun alles zu tun, damit der schwere Zweifelsfall, den diese Angelegenheit im Volksleben aufgerissen hat, nicht zum Verhängnis wird.

Neuestes vom Tage

Die deutsche Wirtschaftsuntersuchung

Berlin, 22. Juni. Das erweiterte Präsidium des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Abgabebedingungen der deutschen Wirtschaft trat zu einer Sitzung zusammen, um die in der letzten Vollsitzung erörterten Aufgaben und Arbeitsgebiete des Enqueteausschusses zu beraten. Einstimmig wurde als Aufgabe des Enqueteausschusses bezeichnet: a) durch Tatsachenuntersuchung die seit der Kriegszeit eingetretenen wesentlichen Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft klarzustellen; b) soweit bei grundlegenden Faktoren der deutschen Volkswirtschaft solche Wandlungen nicht eingetreten sind, auf dem gleichen Wege den tatsächlichen Zustand auch dieser Faktoren zu ermitteln; c) auf dem Gebiete der Arbeitsleistung die im Gesetz vom 15. April 1926 gestellten Aufgaben zu lösen. Zweck dieser Untersuchungen ist eine Prüfung der Gesamtbilanz der deutschen Volkswirtschaft in ihren wesentlichen Faktoren.

Große Arbeitslosigkeit in Oberschlesien

Berlin, 22. Juni. In Ostoberschlesien ist ein Drittel der Bevölkerung arbeitslos. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug im Mai 1926 74 810, zählt man die Familienangehörigen der Erwerbslosen mit, so beträgt die Zahl der nicht versorgten Bevölkerung in Ostoberschlesien etwa 300 000, also etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung.

Die Beilegung des Lessingkonfliktes

Berlin, 22. Juni. Wie der „Berl. Lokal-Anzeiger“ aus Hannover meldet, fand am Mittwoch nachmittags eine Vollversammlung der Studentenschaft der Technischen Hochschule Hannover im großen Saale des Parthaus statt. Ein Antrag, den in der Verhandlung mit dem Kultusministerium geschaffenen Vergleich zum Lessingkonflikt anzunehmen, fand die Billigung der Studentenschaft. Die Studenten-Vollversammlung, die von mehr als 1600 Studenten besucht war, stellte sich einmütig hinter das sachliche Ergebnis der Berliner Verhandlungen.

im Gefolge haben. Solche Anträge, ohne jeden Deckungsvorschlag, kann man gar nicht ernst nehmen. Die Gemeinden haben sich in die außerordentlich ernste Zeit noch gar nicht hineingelegt und das Sparen nicht gelernt. Der Minister weist dann nach, daß der Anteil des Staates an den Aufwendungen für die Schulen seit 1914 um 128 v. H., der der Gemeinden aber nur um 39 v. H. gestiegen ist, deshalb ist das Schullastengezetz nicht ungerecht. Auch der gesamte Polizeietat ist um 99 v. H. gestiegen, während die Stadt Stuttgart nur 43 v. H. mehr bezahlen muß. Die Gemeinderäte klagen selbst, so führte der Minister, indem er zum Angriff überging, weiter aus, daß es bei ihnen zu viel Aufteilungen gebe und daß zu viel Reisen unternommen würden. Die Städte möchten doch einmal klar und offen mitteilen, wie ihre Abschlußzahlen aus der Inflationszeit und von 1924 liegen. Aber so was wird nur hinter verschlossenen Türen mitgeteilt und darin liegt eine Verschleierung der Finanzwirtschaft, namentlich bei der Stadt Stuttgart. Wenn die Gemeinden schlechter dran sind, so trägt daran lediglich ihre falsche Finanzpolitik die Schuld und das ist darauf zurückzuführen, daß auf den Rathäusern die Mehrheit meistens links gerichtet ist. Das Befoldungssystem der Stadt Stuttgart und der anderen Städte erregt überall Unwillen. Der Minister erbringt hierfür die Beweise. In Stuttgart sind von den mittleren Beamten eingestuft: in Gruppe 7 15 v. H., Gruppe 8 29 v. H., Gruppe 9 30 v. H., in Gruppe 10—12 26 v. H. Nach den Grundätzen des Staates wären dagegen einzustufen in Gruppe 7 50 v. H., in Gruppe 8 33 v. H., in Gruppe 9 12 v. H., in Gruppe 10 bis zu 5 v. H., während die Gruppen 11 und 12 beim Staat den mittleren Beamten verschlossen bleiben. Auf einen Zuruf von links: Sie sind eben ein Städtefeind! schließt der Minister seine mit Beifall aufgenommene Rede mit den Worten: Nein, ich bin ein Volksfreund.

Der Abg. August Müller (BB.) begründete einen Antrag, beim Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden der sehr ungünstigen finanziellen Lage des Landes und der Gemeinden und ihren Lebensbedürfnissen mehr als bisher Rechnung zu tragen. Er vertrat die Auffassung, daß die Gemeinden mehr sparen müßten. Der Abg. Rath (BB.) begründete einen Antrag auf Verminderung des Anteils der Gemeinden an den persönlichen Schullasten in den Rechnungsjahren 1926—1928 fortschreitend um je 5 v. H. Es sprachen dann noch die Abg. Mergenthaler (Völk.), Scheef (Dem.) und Winter (Soz.). Hierauf wurde die Weiterberatung auf morgen vormittag vertagt.

Englands Kohlenkrise

London, 22. Juni. Die Regierung hat gestern im Unterhaus die Vorlage über die Wiedereinführung des Achtstundentages in den Kohlengruben eingereicht. In einem Ministerrat ist, wie verlautet, beschlossen worden, daß das Gesetz nur während fünf Jahren in Kraft bleiben soll. Man glaubt, daß die Arbeiterpartei verstanden wird, die Durchbringung der Achtstundenbill durch Verhandlungen über einen Abbau der Löhne zu vereiteln.

Im Unterhaus wurden der Regierung zahlreiche Anfragen zur Außenpolitik gestellt. Mehrere Abgeordnete warfen die Fragen des Austritts Brasiliens aus dem Völkerverbund auf. Chamberlain erklärte, er habe eine Befähigung dieser Nachricht erhalten und könne nur sein Bedauern darüber aussprechen, daß Brasilien einen solchen Beschluß fassen zu müssen geglaubt habe, nachdem es in der Vergangenheit zum Gelingen der Arbeiten in Genf beigetragen habe. Er hoffe, daß Brasilien seinen Entschluß rückgängig machen werde. Ein weiterer Abgeordneter wollte wissen, ob die Regierung nicht Kohlen aus Deutschland auf Reparationskonto beziehen könnte, um die durch den Bergarbeiterstreik stillgelegten Metallwerke und Werften weiterzubeschäftigen. Baldwin erwiderte, daß England seinen Anteil an den deutschen Reparationszahlungen in englischen Pfunde erhalte und daß ihm dies eine bessere Methode zu sein scheine, als über Sachlieferungen auf Reparationskonto zu verhandeln.

Württemberg

Stuttgart, 21. Juni. Fertigstellung der neuen Geschäftsordnung des Landtags. Der Geschäftsordnungsausschuss des Landtags stellte gestern den Bericht über den Entwurf einer neuen Geschäftsordnung für den Landtag endgültig fest. Der Entwurf soll am kommenden Samstag möglichst ohne Debatte im Plenum des Landtags zur Annahme gelangen und am 1. Juli ds. J. in Kraft treten. Die Geschäftsordnung selbst wird in handlicher Form den Abgeordneten zugestellt werden. Der stellvertretende Vorsitzende Abg. Scheef dankte dem Abg. Keil für die umsichtige und große Arbeit und Mühe, die er sich bei der Ausarbeitung des neuen Entwurfes gemacht hatte. Abg. Keil dankte seinerseits den Ausschussmitgliedern für die sachliche Mitarbeit, die ohne parteipolitische Geizigkeit vor sich gegangen sei.

Amliche Ankunftsstelle Stuttgart-Hbf. Bei der amtlichen Ankunftsstelle in Stuttgart-Hbf. ist für Reisende, die die dort ausliegenden Fahrpläne, Kursbücher selbst einsehen wünschen, ein besonderer Raum mit Sitz- und Schreibgelegenheit geschaffen worden. Die vorhandenen Fahrpläne usw. können zur Benutzung in diesem Raum vorübergehend überlassen werden. Im übrigen tritt in der bisherigen Art der Anskunftsteilung keine Änderung ein, insbesondere werden die Anskünfte, die ohne größeren Zeitaufwand erteilt werden können, nach wie vor an den Anskunftschaltern gegeben.

Tagung der württembergischen Landmesser. Die Versorgungsorganisation der württembergischen Landmesser, zusammengeschlossen im Landesverein Württemberg des Deutschen Vereins für Vermessungswesen, wird nach mehr als 10jähriger Unterbrechung ihre ordentliche Hauptversammlung dieses Jahr erstmals wieder außerhalb Stuttgarts in Heilbronn vom 2.—4. Juli abhalten.

Todesfall. In Berlin ist der bekannte Architekt, Professor Eugen G. Schmöhl, eingeborener Stuttgarter, plötzlich gestorben. Sein bedeutendster Bau ist das erste Berliner Hochhaus, ein Neubau der Borfig-Werke. Schmöhl war seit 1922 Lehrer für Architektur an der Hochschule in Charlottenburg.

Vom Tage. In einem Haus der Stöckachstraße hat ein 51 Jahre alter Mann durch Einatmen von Gas einen Selbstmordversuch unternommen. Lebensgefahr besteht nicht.

Auf der überbrücke wurde in schwerem Versuch überseht.

Obersüßbrunn. In der Nacht zum 22. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Malmesbury. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Schorndorf. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Nürtingen. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Keutlingen. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Niederradenhausen. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Wolfsenhausen. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Tettnang. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Ulm. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Ulm. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Ulm. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Ulm. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Ulm. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Ulm. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Ulm. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Ulm. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Ulm. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Ulm. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Ulm. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Ulm. Am 20. Juni wurde ein Weibchen in der Nähe der Weisse er plötzlich in den Redars, selbstmörderisch jekt noch nicht.

Auf der über den Neckar führenden Cannstatter Eisenbahnbrücke wurde ein 22 Jahre alter led. Schlosser aus Cannstatt in schwerverletztem Zustand aufgefunden. Ob Selbstmordverluch oder Unglücksfall vorliegt, steht bis jetzt noch nicht fest.

Obertürkheim, 22. Juni. Ertrunken. Samstagabend wurde ein junger Mann am linken Neckarufer unterhalb der Neckarbrücke beobachtet, wie er sich in verdächtiger Weise umhertrieb. Als ein Herr auf ihn zuging, verschwand er plötzlich mit einem Hilferuf in den Fluten des hochgehenden Neckars. Ob er durch einen ungeschickten Tritt oder in selbstmörderischer Absicht in den Neckar ging, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Aus dem Lande

Malmsheim M. Leonberg, 22. Juni. Erhängt. Hier wurde ein Mitte der 30er Jahre stehender Einwohner erhängt aufgefunden.

Schnait, 22. Juni. Sängererfolg. Bei dem am 20. Juni stattgefundenen 55jährigen Jubiläum der Sängerkunst Hohenort, verbunden mit Gesangswettstreit, erhielt das Silcherquartett Schnait im einfachen Volksgefang mit 102 Punkten einen 1. Preis. Sie sangen „Zu Sträßburg auf der Schanz“ unter der trefflichen Leitung ihres unermüden Dirigenten Herrn Walter Schüle, Endersbach.

Schorndorf, 22. Juni. Windhose. Im Verlauf eines am Samstagabend einsetzenden Sturmwindes hat eine Windhose in der Nähe des Bahnhofs die Dachplatten teilweise von den Häusern gerissen und eine Anzahl Bäume entwurzelt.

Nürtingen, 22. Juni. Leichenfindung. Der Leichnam eines seit 10. d. M. abgängigen 21 Jahre alten Mädchens aus einem Bezirksort wurde unterhalb dem hiesigen Elektrizitätswerk aus dem Neckar gelandet. Es scheint Selbstmord vorzuliegen.

Reutlingen, 22. Juni. Schlägerei. Samstag nacht entstand in der unteren Gerberstraße eine Schlägerei, bei der mit Bierflaschen und einer Fahrradpumpe zugeschlagen wurde. Es gab mehrere Verletzte. Die Polizei griff ein und stellte die Ruhe rasch wieder her.

Niedernau M. Rottenburg, 22. Juni. Vom Kriegererholungsheim. Der Württembergische Kriegerbund besitzt in dem hiesigen Kriegererholungsheim ein Haus, durch das er sich in außerordentlich wertvoller Weise sozial und wirtschaftlich betätigt. Das aus der ehemaligen Villa Steiner hervorgegangene Heim ist in der letzten Zeit durch Aufbau erweitert worden. Es wurden dadurch 20 weitere Zimmer und Nebenräume geschaffen und es enthält jetzt 50 Betten. Aus Anlaß der Beendigung des Heimumbaues veranstaltete das Präsidium des Würt. Kriegerbundes am Sonntag eine kleine Feier.

Wolfschauen M. Rottenburg, 22. Juni. Eine weiße Schwabe. In dem Anwesen des Eugen Frank bei der Krone sind vor zwei Tagen fünf junge Schwaben dem Nest entflohen, darunter eine prachtvolle schneeweiße.

Leftang, 22. Juni. Rindstötung. Unter dem Verdacht der Rindstötung wurde die hier bedienstete 24 Jahre alte Magd Theresie Waller aus Nagtszell verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Die Leiche des Rinds wurde im Backofen verreckt aufgefunden.

Ulm, 22. Juni. Oberschwäbische Verkehrs-Konferenz. Die Reichsbahndirektion Stuttgart lud am Samstag die Vertreter der württembergischen, insbesondere der oberschwäbischen Presse, zu einer Konferenz nach Ulm. Die Frage der Elektrifizierung wurde dahin beantwortet, daß hierbei planmäßig von Ost nach West vorgegangen werde, also von Bayern mit seinen vorzüglichen Kraftwerken herüber nach Württemberg und Baden. Die drei Etappen seien: München-Ulm, Ulm-Stuttgart, Stuttgart-Karlsruhe. Auch die Strecke Ulm-Friedrichshafen sei in den Plan aufgenommen. Fahrplanreferent Oberreichsbahnrat Kuhlmann in Stuttgart sprach dann über die Gestaltung des Personenzugfahrplans im württembergischen Oberland. Im Anschluß an die Referate erfolgte eine Fahrt mit einem vierachsigen Dieselmotor-Triebwagen Eva Maybach von Ulm nach Blaubeuren und zurück.

Aus Stadt und Land

Nagold, 23. Juni 1926.

Mancher sucht sein Leben lang Kameradschaft — aber man muß mit diesem Bedürfnis im Herzen nicht zu Frauen gehen. Sie wollen, eine jede, ausschließlich geliebt sein, wir wollen aus aller Kraft die Epigone der Liebe, aber ohne sie dabei als Liebe aufzufassen. Sie wollen ein ganzes Leben in Beschlag nehmen, aber dafür kein Leben der Kameradschaft, sondern ein Leben der Liebe geben. Ein Leben der Liebe aber ist ein Un Ding, wie ewige Musik oder ewiger Frühling. Die Liebe verdirbt die Seele zur Kameradschaft, sie ist kalt und heiß, eiferfüchtig und unberechenbar, die Kameradschaft, die Freundschaft ist allein wahre Seelenliebe, sie ist bis zu jedem möglichen Grade unegoistisch, sie ist der höchste Zustand zwischen Mensch und Mensch.

Ortsvorsteher- und Körperschaftsbeamtenvereinigung Nagold.

Die Vereinigung nahm in ihrer ordentlichen Versammlung am 19. ds. Mts. in Wildberg einen gründlichen Vortrag von Obersekretär Schuster-Nagold, über den Entwurf einer neuen Gerichts- und Notariatsgebührenordnung entgegen, der die Wirkungen der neuen Gebührensätze gegenüber den bisherigen veranschaulichte. Im Großen und Ganzen ist eine Senkung der Gebühren festzustellen, in manchen Fällen aber auch eine Erhöhung in Aussicht zu nehmen. Mindestgebühr soll künftig durchweg 2.- M betragen. Die Bestimmungen über die Beteiligung des Staats und der Gemeindebeamten an den Kaufvertragsgebühren sollen grundsätzlich eine Aenderung nicht erfahren. Es soll also der Staat wie bisher erhalten 2/3, und der Gemeindebeamte bzw. die Gemeinde 1/3. Die Versammlung hält es für ein großes Unrecht, daß der Gemeindebeamte bzw. die Gemeinde, welche den Beamten befolgt, für die Arbeit nur 1/3 erhält und der Staat, der dabei nichts leistet und keine Verantwortung hat 2/3 beansprucht. Die Beteiligung sollte gerade umgekehrt sein und es ist in diesem Sinne an die zuständigen Landesorganisationen die Bitte gestellt worden, eine Aenderung des Entwurfs anzustreben. — Besprochen wurde weiter die nächste Landesversammlung in Gmünd, die zahlreich besucht werden soll, einige Gegenstände der demnächst stattfindenden Amtsversammlung und die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in den Gemeinden unter 4000 Einwohnern.

— Als Gäste waren anwesend die Herren Oberamtmann Baitinger und Amtmann Dr. Merkt, die an den Besprechungen sich lebhaft beteiligten.

Pferdesport.

Freudenstadt, der idyllische Schwarzwald-Kurort und zugleich der jüngste unter den deutschen Rennplätzen, schreibt für Sonntag, den 8. August, ein ausschließliches Herren Programm für Halbblüter aus. Schon voriges Jahr wurde in das Eröffnungsprogramm ein Reichswehrring Jagdrennen einbezogen und so ist von Freudenstadt die Idee ausschließlicher Reichswehrrennen ausgegangen, die dann Mannheim in größerem Umfang ausbaute. Seitdem sind andere Großrennbahnen nachgefolgt, so Frankfurt a. M., Magdeburg, Hannover, Breslau und Bremen und, wie man hört, wollen auch einige rheinische Plätze demnächst einen Versuch machen. Ein Jagdrennen über 2400 Meter und ein solches über 3000 Meter ist den Reichswehroffizieren vorbehalten mit Sieger-Ehrenpreis des würt. Staatspräsidenten, bzw. des Herzogs Albrecht von Württemberg, außerdem Ehrenpreis für den Reiter des zweiten und dritten Pferdes. Bei entsprechender Beteiligung wird nach der Preisverteilung der Wert zum Anlauf je eines Halbblutpferdes ausgelost. In einem Flachrennen über 2000 Meter, das Ehrenpreis und 2000 Mark Geldpreise vorzieht, sind auch frühere aktive und Reserve-Offiziere als Besitzer bzw. Reiter zugelassen, ebenso in einem Parforce Jagdrennen über 3600 Meter, das neben Ehrenpreis sogar 3000 Mark aussetzt. Den Abschluß des vielseitigen und zugkräftigen Programms bildet eine Jagd mit Auslauf über 3000 Meter. Bis zu einer Höchstgrenze von 400 Kilometer trägt der Freudenstädter Rennverein, bei dem am 20. Juli Rennungs-schluß stattfindet, auch die Frachtkosten.

Verwendung des würt. Landeswappens zur Ausschmückung der Verpackung einer Ware. Auf das Ersuchen des Würt. Arbeitsministeriums vom 28. Januar 1926 hat sich der Würt. Industrie- und Handelstag zu der Frage des tatsächlichen Gebrauchs des neuen württembergischen Landeswappens und zu der Frage, ob und unter welchen Gesichtspunkten eine allgemeine Freigabe des Gebrauchs des würt. Landeswappens als angezeigt erachtet wird, geäußert. Die Erhebungen ergaben, daß das Landeswappen ein Hoheitszeichen des Staats ist, dessen Verwendung als Geschäftsreklame und als Mittel im wirtschaftlichen Wettbewerb grundsätzlich ausgeschlossen sein sollte. Die Bedürfnis- und Zweckmäßigkeitsfrage hinsichtlich der Verwendung eines staatlichen Landeswappens zu geschäftlichen Zwecken wird verneint.

Ueber 1,2 Millionen Rundfunkhörer in Deutschland. Die Zahl der in Deutschland amtlich eingetragenen Rundfunkteilnehmer ist auch im Mai wiederum gewachsen, und zwar um 25 677 so daß am 31. Mai im Deutschen Reich insgesamt 1 262 743 eingetragene Rundfunkhörer zu verzeichnen waren.

Schweizer Franken außer Kurs. Es wird nochmals in Erinnerung gebracht, daß mit dem 30. Juni d. J. die schweizerischen Staatskassenscheine zu fünf, zehn und zwanzig Franken endgültig außer Kurs gesetzt werden. Es steht noch eine Summe von 49 000 Franken in diesen Scheinen aus, von denen sicher ein beträchtlicher Teil auch außerhalb der Schweizer Grenze im Umlauf ist.

Altensteig, 22. Juni. Gemeinderats-sitzung vom 21. Juni; entschuldigt: Haug, Kastenbach und Schneider. Stadtschultheiß Welker, der seit verchiedenen Monaten krankheitshalber beurlaubt ist und im 43. Dienstjahr steht, hat mit Rücksicht darauf, daß der Verlauf der Krankheit gezeigt hat, daß die zur Verletzung des aufreihenden Amtes nötigen Kräfte nicht mehr zurückkehren, um Zuruhesetzung auf 1. August 1926 nachgesucht. Die Zuruhesetzung selbst wird durch die Min. Abt. für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung ausgesprochen; der Senat hat sich nur zu äußern, ob er gegen das Pensionierungs-gesuch etwas einzuwenden hat. Eine Einwendung erfolgt nicht. Bei diesem Anlaß wird vom stellv. Vorsitzenden und aus der Mitte des Gemeinderats der treuen und uneigennütigen Pflichterfüllung und der hervorragenden Verdienste des Stadtschultheißen Welker um die zeitgemäße Entwicklung unseres Städtchens gedacht. Was er getan und geschaffen hat, wird in der Geschichte Altensteigs ewig fortleben. Dem Dank der Stadtgemeinde wird äußerlich noch dadurch Ausdruck verliehen, daß Stadtsch. Welker, der seit einigen Jahren auch Ehrenbürger der Stadt ist, auf Lebenszeit die Differenz zwischen bisherigem Gehalt (Grundgehalt und Ortszulage) und seiner Pension als Ehrengabe bewilligt wird. Eine gemeinderätliche Kommission hat den Auftrag, Herrn Stadtschultheiß Welker mündlich den gebührenden Dank abzusprechen und ihn von diesem Beschluß Kenntnis zu geben. Die Neuwahl des Stadtvorstands wird vom Oberamt voraussichtlich auf Samstag den 7. August anberaumt werden. Die Stelle wird im Staatsanzeiger zur Bewerbung ausgeschrieben; Gehaltsbezüge Gruppe IX evtl. X, sowie 5% Dienstaufwandsentschädigung. Der Termin zur Einreichung der Bewerbungen würde am 20. Juli ablaufen, während die Vorstellung der Kandidaten am Sonntag, den 1. August in der Turnhalle vor sich gehen wird. — Am 24. ds. Mts. findet in Nagold die heurige Amtsversammlung statt, wobei u. a. auch die Frage der Eröffnung eines Bezirkskrankenhaus in Altensteig zur Entscheidung kommt. — Erledigung einiger Befoldungssachen.

Gültlingen, 23. Juni. Brand durch Kurzschluß. Gestern früh ging ein sehr schweres Gewitter über unseren Ort und Markung nieder verbunden mit zahlreichen und starken elektrischen Entladungen. Plötzlich wurde die Feuerwehr alarmiert, da in der Scheuer des Georg Braun Bauers beim Ochsen der Heustock brannte. Zum Glück hatte der Regen die Feldarbeiter vorher heimgetrieben gehabt, so daß das Feuer sofort mit Erfolg bekämpft werden konnte, ein Glück bei der Gefährlichkeit des Brandherdes. Es wurde einwandfrei Kurzschluß der elektrischen Leitung festgestellt, während man infolge des Gewitters im ersten Augenblick Blitzschlag befürchtete. Gebäudeschaden ist nicht entstanden. Als Mangel wurde es empfunden, daß keine geeignete Alarmanordnung vorhanden war, denn man bedenkte, was hätte entstehen können, wenn vor dem Gewitter, als fast die ganze Einwohnerschaft im Heu war, der Brand ausgebrochen wäre. Die Kathasglocke ist nur auf sehr kurze Entfernung vernehmbar, der Wehner und die Feuerwehroffiziere aber können auch abwesend sein. Es dürften sich deshalb auch die Landgemeinden, ja gerade sie zu überlegen haben, ob sie nicht eine auf weite Entfernungen hörbare Alarmanstreichung mit der Zeit anschaffen wollen.

Horb, 22. Juni. Ein mißglückter Diebstahl. Gestern nachmittag nach halb 2 Uhr stahl ein junger Bursche aus der

Wohnung des Herrn Malermeister Schott aus dessen abgelegener Wiese heraus eine Uhr und etwas Bargeld. Der Diebstahl konnte jedoch sofort bemerkt und dem Lausbuben das Gestohlene wieder abgenommen werden.

Freudenstadt, 22. Juni. Jubiläumsmusikfest der Stadtkapelle. Am kommenden Sonntag findet das Jubiläumsmusikfest der hiesigen Stadtkapelle anlässlich ihres 75jährigen Bestehens statt. Es werden sich im ganzen 32 Musikkapellen aus Württemberg und Baden in vier Abteilungen messen, Kunst-abteilung, höhere, mittlere und niedere Stufe. Von den eintreffenden Kapellen seien folgende genannt: Gernsbach, Rottweil, Ostfmettingen, Feuerbach, Suntheim-Neßl, Mühlacker, Pfullingen, Oberkirch.

Aus aller Welt

Gnadengefuch der Gräfin Bothmer. Die Gräfin Bothmer hat beim Landgericht Potsdam ein Gnadengefuch eingereicht.

80 Personen an Fleischvergiftung erkrankt. In Kallberge-Rüdersdorf bei Berlin sind 80 Personen an schweren Fleischvergiftungen erkrankt, die sie sich durch den Genuss von Schabefleisch zugezogen haben. Das Fleisch stammt aus einer Schlächterei in Kallberge, die es in Berlin gekauft hatte. Die Schlächterei ist vorläufig von der Polizei gesperrt worden. Zehn Personen mußten ins Krankenhaus verbracht werden, da bei ihnen Lebensgefahr besteht. Unter den Erkrankten befinden sich auch zahlreiche Kinder.

In das Standortlazarett in München wurden 43 an Speisevergiftungserscheinungen erkrankte Unteroffiziere und Mannschaften der Fahrabteilung 7 von der Winmerferpompagnie des 19. Inf.-Reg. eingeliefert. Die Untersuchung hat in drei Fällen Paratyphus ergeben. Ein Mann ist gestorben; alle übrigen befinden sich auf dem Wege der Besserung. Die Ansteckungsquelle konnte noch nicht ermittelt werden.

Brandunglück. In der Dachpappen-Asphaltfabrik Beet u. Söhne in Kalltheulen (Rheinland) brach wahrscheinlich infolge Entzündung eines Destillationsapparats ein Feuer aus, das rasch einen großen Umfang annahm. Ein Werkmeister, der durch eine Stichflamme schwer verletzt wurde, ist inzwischen gestorben. Außer ihm wurden zwei Arbeiter lebensgefährlich verletzt. Der Kesselwärter liegt wahrscheinlich unter den Trümmern. Der Werkmeister und die Verletzten sind sämtlich Familienväter. Die Fabrik ist bis auf kleine Nebengebäude vollkommen zerstört.

Unglückliche Schwarzfahrt. In Krefeld unternahm der Sohn eines Fahrradhändlers mit drei Freunden im Auto seiner Eltern eine Fahrt. Hierbei fuhr das Auto gegen einen Baum, überschlug sich und begrub die vier Insassen unter sich. Während der Fahrer mit dem Schrecken davon kam, wurden die Mitfahrenden schwer verletzt.

Befestigung bei der Berliner Polizei. In der letzten Zeit mehrten sich die Anzeichen dafür, daß mehrere Lokale in der Friedrichstadt, so das Restaurant Schall und Rauch im großen Schauspielhaus und das Kaffee National die Polizeistunde umging. Die Inhaber des Restaurants Schall und Rauch wurden verhaftet. In den beschlagnahmten Büchern wurde ein täglicher Posten „Aufwendungen an die Polizei“ festgestellt. Acht Ober- und acht Unterwachmeister der Schutzpolizei sind in Haft genommen.

Die Ernteaussichten in Rumänien. Nach einer amtlichen rumänischen Meldung eröffnet die diesjährige Ernte in Rumänien und besonders in Bessarabien hervorragend günstige Aussichten. Nach Deckung des Inlandbedarfs dürften 150 000 Waggons Weizen, 100 000 Waggons Gerste, 25 000 Waggons Hafer und 25 000 Waggons andere Getreidearten ausgeführt werden können. Wenn die Witterungsverhältnisse günstig bleiben, kann mit einem Ueberschuß von 250 000 Waggons Mais gerechnet werden.

Letzte Nachrichten

Um die Rückgabe deutschen Eigentums in Amerika.

Berlin, 23. Juni. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, befindet sich der frühere deutsche Reichskanzler Kuno seit Samstag in Amerika, um mit der Regierung der Vereinigten Staaten über die Rückgabe des deutschen Eigentums zu verhandeln.

Heute Kabinettsrats-sitzung über die Wahl Dornmüllers.

Berlin, 23. Juni. Wie die Morgenblätter melden, ist für heute nachmittag ein Kabinettsrat einberufen worden. Bei dieser Gelegenheit will die Regierung endgültig zur Wahl Dornmüllers zum Generaldirektor der deutschen Reichsbahn Stellung nehmen.

Schweres Unwetter über Rottweil.

Rottweil, 23. Juni. Von gestern vormittag 1/2 10 Uhr bis nachmittags 1/2 2 Uhr ging eine Reihe von Gewittern heftigster Art über Rottweil nieder, die mehrere Volkenbrüche mitbrachten. Um 1/2 11 Uhr wurde die Feuerwehr alarmiert, da in der Altstadt eine Anzahl Häuser bis unter das Dach von der ganz unerwarteten Anschwellung des sonst unbedeutenden Klosterbachs überschwemmt wurden, der zum reißenden Strom angewachsen war. Zäume wurden niedergehauen, große Holzmenzen, Hausrat und Möbelstücke aus den Häusern fortgeschwemmt. Das Vieh stand bis über den Hals im Wasser. Menschen mußten aus einzelnen Häusern über die Magirusleiter der Feuerwehr, die von der höherliegenden Straße angelegt wurde, gerettet werden. Ein Teil des Kleinviehs ist ertrunken. Um 12 Uhr begann das Wasser zu fallen; doch fand es durch einen um 1/2 1 Uhr niedergegangenen zweiten Volkenbruch neuen Zuflut. Aus allen Teilen der Stadt sind Ueberschwemmungen zu melden, so bei der Möbelfabrik, in der Schramberger Straße, Dammstraße, am Gänselwasen usw., wo das Wasser in starken Strömen durchschießt und die Keller der anliegenden Häuser füllt. Einem Arzt, der dringend nach Mühlingen gerufen wurde, war der Weg dorthin abgeschnitten. Der Telephonverkehr ist nach allen Richtungen gestört. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Das gestrige Unwetter über Berlin.

Berlin, 23. Juni. Die Gewitter, die gestern mit einem wolkenbruchartigen Regen über Berlin hinwegzogen, haben an zahlreichen Stellen Blitzeinschläge zur Folge gehabt.

Die Berliner Feuerwehr mußte in mehreren Fällen eingreifen. Besonders schwer wurden die Vororte heimgesucht. Glücklicherweise sind Menschen nicht zu Schaden gekommen. Die Schuld an dem Münchener Eisenbahnunglück. München, 23. Juni. Die zur Aufklärung der Verantwortung für die Eisenbahnkatastrophe am Münchener Ostbahnhof gegen den Lokomotivführer Aubele eingeleitete Voruntersuchung, ist wie die Morgenblätter melden, soweit fortgeschritten, daß die rein tatsächlichen Ergebnisse als abgeschlossen betrachtet werden können. Nunmehr wird das Tatsachenmaterial einer eingehenden Prüfung durch die Verteidiger unterzogen werden. Die Untersuchungshaft für Aubele bleibt bestehen.

Der Hungerkünstler Jolly verhaftet.

Berlin, 23. Juni. Der unter dem Namen Jolly bekannte Hungerkünstler Siegfried Herz wurde gestern, wie die Morgenblätter berichten, von der Kriminalpolizei verhaftet und ins Moabit Gefängnis eingeliefert. Jolly wird des Betrugs überführt, weil er während seiner Hungerperiode 10-12 Pfund Schokolade zu sich genommen habe.

Die Sozialisten gegen Poincare.

Berlin, 23. Juni. Wie die Morgenblätter aus Paris melden, haben die Sozialisten beschlossen, daß sie einem Kabinett gegenüber, in dem Poincare das Finanzministerium haben würde, nicht von vornherein opponieren würden, da sie die Stellung Poincares als eine rein technische Angelegenheit betrachten würden. Sollte dagegen Poincare irgend ein anderes Portefeuille erhalten, so würde seine Berufung in das Kabinett einen rein politischen Charakter erhalten, die die Sozialisten zur schärfsten Opposition bestimmen. Die radikal-sozialistische Partei hat einen Antrag, das Kabinett, dem Poincare angehören sollte, abzulehnen, abgelehnt.

Ergebnislose Besprechung Briand-Caillaux.

Berlin, 23. Juni. Wie die Morgenblätter aus Paris melden, hatte Briand gestern abend eine Besprechung mit Caillaux wegen Übernahme des Finanzministeriums. Die

Besprechung soll ergebnislos verlaufen sein, weil Caillaux die Bedingung gestellt habe, er werde das Finanzministerium nicht übernehmen in einem Kabinett, in dem Poincare beteiligt sei. Briand sagte nach der Besprechung, es könne nicht die Rede sein, daß Caillaux in das Kabinett eintrete.

Demission des Sejmarschalls Rataja.

Warschau, 23. Juni. Rataja reichte am Dienstag in der Sejmung seine Demission als Sejmarschall ein, die aber abgelehnt wurde. Wie die Tel.-Union erfährt, besteht jedoch Rataja auf dem Entschluß, sein Amt niederzulegen.

Handel und Volkswirtschaft

Berliner Dollarkurs, 22. Juni. 4.20. Kriegsanleihe 0,405. Franz. Franken 174.25 zu 1 Pf. St., 35.40 zu 1 Dollar. Belg. Franken 173.75 zu 1 Pf. St. Berliner Geldmarkt, 22. Juni. Tägt. Gehd 3,5-5 v. H., Monatsgeld 5,25-6,25 v. H., Warenwechsel 5-4,75 v. H., Privatdiskont 4,5 v. H.

Handelsabkommen zwischen Deutschland und Guatemala. Das am 4. Oktober 1924 unterzeichnete Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Guatemala ist gemäß Art. 3 Abs. 2 des Abkommens am 3. Juni 1926 in Kraft getreten. Die Ratifikationsurkunden sind am 12. Juni 1926 in Guatemala ausgetauscht worden.

Von der Amerikanische der Vereinigten Stahlwerke AG. Die Bankfirma Dillon Read u. Co. wird am Mittwoch 35 Millionen 6 1/2-prozentiger Bonds der Vereinigten Stahlwerke zur Zeichnung anbieten.

Stuttgarter Börse, 22. Juni. Die Börse verkehrte heute weiter in sehr fester Haltung bei regem Geschäftsverkehr. Auch heute wieder hatten Farbindustrie-Aktien die Führung, die 20 v. H. über gestern zu 238 eröffneten und nach höchstens 241 zu 236 schloßen. Mehr als in den letzten Tagen kam die Festigkeit auch in Kurs-erhöhungen der kleineren Werte zum Ausdruck. Am Rentenmarkt hatten Vorkriegs-Pfandbriefe größere Umsätze zu verzeichnen bei leicht befristeten Kursen. Staatsanleihen und Goldpfandbriefe lagen ohne wesentliche Veränderungen ruhig. Sprozentige Reichsanleihe 0,405. Württ. Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.

Berliner Getreidepreise, 22. Juni. Weizen märt. 30.20-30.10, Roggen 18.90-19.40, Wintergerste 18-19.30, Sommergerste 19.40-20.50, Hafer 19.70-20.80, Weizenmehl 38-40, Roggenmehl 27.75-29.50, Weizenkleie 10-10.50, Roggenkleie 11.35-11.50.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt, 22. Juni. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- u. Schlachthof waren zugeführt: 29 Ochsen, 35 Bullen, 200 Jungbullen, 233 Jungrinder, 127 Kühe, 885 Kälber, 657 Schweine. Davon blieben unverkauft: 10 Jungrinder. Verlauf des Marktes: mäßig belebt.

Table with market prices for various goods like wool, leather, and other commodities. Columns include item names and prices.

Schweinepreise. Göglingen: Mischschweine 31-42, Läufer 47-50. Ravensburg: Ferkel 32-42, Läufer 50-50. Saugl. u. Ferkel 36-42, Läufer 50 M das Stück.

Fruchtpreise. Geislingen a. St.: Hafer 10.50-10.60. Nagold: Weizen 14.80, Roggen 12, Gerste 12, Hafer 11.7-12. Ravensburg: Weizen 11.25-11.60, Weizen 14-15.60, Roggen 10.80-11.80, Gerste 12, Hafer 10.80-12. Reutlingen: Weizen 14-18, Dinkel 11-12, Gerste 10-12, Hafer 11-12. Ulm: Weizen 14.90-15.70, Roggen 9.50-10.50, Gerste 10.25 bis 11.50, Hafer 10.50-11.50 M d. Ztr.

Das Wetter

Der Hochdruck im Westen hat weitere Fortschritte gemacht. Eine Depression im Norden bleibt ohne Einfluß. Für Mittwoch und Donnerstag ist weiterhin heiteres, jedoch teilweise zu Gewitterstürmungen geeignetes Wetter zu erwarten.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten einschließlich der Beilage „Haus, Garten und Landwirtschaft“.

Ämtliche Bekanntmachung Flaschner- und Installateur-Zwangsinnung für den Bezirk Nagold.

Die 1. Innungsverammlung der neu errichteten Flaschner-Installateur-Zwangsinnung für den Oberamtsbezirk Nagold findet am Sonntag, den 27. Juni 1926, nachm. 2 Uhr im „Waldborn“ in Nagold unter Leitung des Oberamts statt.

Tagesordnung: Wahl des Innungsvorstands. Sämtliche selbständige Flaschner und Installateure sind verpflichtet, der Innungsverammlung anzuwohnen.

Nagold, den 21. Juni 1926. Oberamt: Dr. Merkt, Amtmann.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung sollen die auf Markung Wildberg belegenen, im Grundbuch von Wildberg Heft 213 Abteilung I Nr. 1-4, 6-17 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Richard Müller, Müllers, jr. in Wildberg und seiner Ehefrau Anna, geb. Spiegel daselbst je zur Hälfte eingetragenen Grundstücke:

Table listing property details for Zwangsversteigerung, including parcel numbers, areas, and descriptions like 'Garten', 'Wiese', etc.

Schätzungswert insgesamt 8000 RM. - am Samstag, den 26. Juni 1926 vormittags 10 Uhr

auf dem Rathaus in Wildberg versteigert werden. Bei Zwangsversteigerungen findet in der Regel nur ein Termin statt.

Der Versteigerungsvermerk ist am 21. Jan. und 25. März 1926 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Wildberg, den 26. April 1926. Kommissär: Bezirksnotar Knoedel.

In Stadt und Land

bin ich als unentbehrlich bekannt

„Der Gesellschafter“

Auch im Sommerhalbjahr gehört „Der Gesellschafter“ zum täglichen Brot, darum müssen die Juli-Abonnements bis zum 25. ds. erneuert werden.

Wenn Sie

bei schlechtem Wetter

gut u. praktisch angezogen sein wollen, so tragen Sie unseren

Spezial-Loden-Mantel 38- Marke „Nimrod“ zu M.

Derselbe ist aus wasserdicht-impregniertem, reinwollenem Strichloden, offen und geschlossen zu tragen, gut gearbeitet und in den Farben dunkelgrau, oliv, braun und jagdgrün vorrätig

Loden-Anzüge Kostüme Hüte für Erwachsene und Kinder in größter Auswahl 2124

Langjährig erprobte Spezial-Qualitäten

Sport-Breitmeyer Büchsenstraße 12-14 Stuttgart

Ein neuer Bezugsabschnitt

auf Zeitschriften und Lieferungswerke beginnt am 1. Juli.

Zu Bestellungen ladet höf. ein

G. W. Zaiser Buchhandlung, Nagold.

Probenummern bitte zu verlangen. Abbestellungen können nur bis 20 Juni berücksichtigt werden.

Nur noch Fochtenberger



Es ist genau so gut wie jedes andere, aber billiger! Die große Flasche kostet nur M. 1.90.



Für die Heuernte

empfehle ich fst. Ochsenmaul-Salat

10 Pfd.-Büchse M. 5.50 ab hier unter Nachnahme G. Eberhardt, Wildberg.

Bücher kaufe man nur beim Buchhändler Zaiser Nagold.

Deute abend 8 Uhr Gefamtsprobe f. Konzert. Noten mitbringen.

Viehzucht-Genossenschaft Nagold.

Um feststellen zu können, ob eine Jungviehprämierung Ende Juli d. J. in Wildberg abgehalten werden kann, erliche ich die Mitglieder mir sofort mit Postkarte mitzuteilen, wie viel Kinder und Kälbchen (1-3 Jahre alt) und Jungfarren (1-2 Jahre alt) sie bestimmt zur Prämierung bringen.

2134 Dr. Megger, O.A.-Tierarzt.

Oberamt Calw. Nördl. Schwarzwaldwasser-Verorgungsgruppe.

Bergebung von Bauarbeiten

Für die Erweiterung der Schwarzwald-Wasser-Verorgungsgruppe werden die Sicherungs-, Erd- und Betonarbeiten, sowie die Lieferung und Verlegung von rd. 3500 lfd. m gußeiserner Röhren von 150 mm Q.W. vergeben.

Es fallen rd. 4000 cbm Bodenaushub und 400 cbm Beton an. Die Pläne und Bedingungen liegen auf dem Rathaus in Altburg O.A. Calw auf und können bis 30. Juni während der Bürozeiten eingesehen werden. Angebotsformulare sind daselbst erhältlich.

Angebote sind mit entsprechender Aufschrift bis Mittwoch, den 30. Juni 1926, mittags 12 Uhr

auf dem Rathaus in Altburg abzugeben. Altburg, den 21. Juni 1926.

Nördl. Schwarzwaldwasser-Verorgungsgruppe: 2133 Vorsitzender: Wa lz.

Ausverkauf!

Wegen andauernder, schwerer Krankheit unterstelle ich mein Lager in 2135

irdenem und emailliertem Geschirr

in nur erstklassiger Qualität, einem realen Ausverkauf zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Niemand veräume diese günstige Gelegenheit.

P. Mitschelen Hailerbach

DR. MED. BÜSCHING

Neu! Untergang oder Leben

Zur Förderung einer deutschen moralischen Volks-Wiederaufbau-Bewegung zu M. 1.50 vorrätig bei

Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Die bekanntesten ärztlichen Autoritäten, die Volksfreunde sind, setzen uns die Schuld des großen moralischen Zusammenbruchs unseres Volkes nach dem furchtbaren Krieg. Aber nicht nur die erschütternde Diagnose wird gestellt. Nein, auch der Weg zum Aufbau hat offen gezeigt. Jeder, der es mit unserem Volke gut meint, sollte mitbringen am nächsten Abend, ehe es zu spät ist, durch Verbreitung dieser so überaus wichtigen Schrift, deren Verfasser für die in Nagold einen für jedermann wissenswerten Vortrag hielt.

Am... Mit den... Seierft... Er schei... Verbrei... Schließung... Telegramm-A... Nr. 144... Die Zentr... Fraktionsvorfi... zu verlegen... rad behaltea... Der deutsc... zur Berichterf... Die Lugem... In Agram... schreibungen ge... gebungen gefo... Im Prager... Kommuniten f... Regierung for... machten jede... Die Mosto... diehen, daß der... Jahrgang der... erst Ende Des... Auszahlung de... Im Fr... Neues deut... Stärke des Re... des Krieges v... blieben. Mit a... Ziele, suchen... lande vor fei... deutsche Kraft... Gewalt des G... lere Zukunft... umachen. Si... Offenbar ware... terieller Erfol... reif genug für... durchs Schmied... uns jetzt nur... Eroberung je... Nutzung jener... wegen", keine... men wir endlic... zu lange tot... sie mit unseren... Ernten aus d... auf, als uns... politischen Gred... Kolonisierrun... Ausnützung jeh... rerer Volkswir... allein tut's so... Ertragssteigeru... politische und ä... läche der Ding... Wohl können a... obern, können... wie wir verb... machen, die R... die allgemeine... lichen Ziele für... ohne nationa... Wirtschaft wur...